

Städtetag im Südwesten setzt Hilferuf ab

Baden-Württemberg hat in diesem Jahr 142 000 Ukrainer und 24 000 Asylbewerber aufgenommen.

Der baden-württembergische Städtetag schlägt in einem Brief an die baden-württembergischen Innenpolitiker des Deutschen Bundestages Alarm. Baden-Württemberg habe in diesem Jahr bereits 142 000 Geflüchtete aus der Ukraine und 24 000 Asylbewerber aufgenommen. All diese Menschen seien früher oder später auf regulären Wohnraum und auf Kinderbetreuungsangebote angewiesen. Registrierung, Unterbringung und Betreuung zwingen die Städte immer wieder zu unvorhergesehenen Anpassungen innerhalb der Verwaltung. In Verbindung mit den anstehenden Rechtsänderungen wie der Wohngeldreform und dem Personalnotstand stellen diese eine enorme Herausforderung dar.

Der Städtetag wendet sich mit vier Forderungen an die Politik. Der Bund müsse „einen sichtbaren, unbürokratischen und insbesondere finanziellen Beitrag“ zur Stärkung des Wohnungsmarktes leisten. Die von der Bundesinnenministerin angekündigte Bereitstellung zusätzlicher Bundesimmobilien werde wohl keine kurzfristige Entlastung schaffen werde, „da die vom Bund gemeldeten Liegenschaften überwiegend unbebaut“ und zum Teil nicht erschlossen seien. Ferner wird gefordert, dass der Bund eine Diskussion zur besseren Steuerung und solidarischen Verteilung von Geflüchteten innerhalb Europas anstoße. Die dritte Forderung bezieht sich auf das Bauplanungs- und Vergaberecht. Der Bund, so der Wunsch des Städtetags, solle dringend die zu hohen Standards absenken.

Die vierte Forderung ist überraschend. Der Bund, heißt es in dem Schreiben, müsse „die Ukraine unterstützen, Maßnahmen zur Binnenmigration von Geflüchteten innerhalb der Ukraine zu intensivieren“. Diese Binnenmigration findet allerdings in der Ukraine längst statt. *nwa*

AfD-Chef kritisiert Russland-Sanktionen

BERLIN. Der AfD-Vorsitzende Tino Chrupalla hat ein Ende der Sanktionen gegen Russland verlangt. Deutschland als ein Land ohne Rohstoffe und mit hoher Inflation könne es sich gar nicht erlauben, ständig wirtschaftliche Sanktionen im Namen der sogenannten feministischen Außenpolitik zu erlassen, sagte er. Es gehe längst nicht mehr nur um Russland. Die Ampel-Koalition halte „ideologische Lehrstunden gegenüber anderen Nationen und Kulturen“, sagte Chrupalla. Dies werde inzwischen als „feindselig“ wahrgenommen. *dpa*

Elterngeld gut für die Familie?

Immer mehr Väter beantragen Elterngeld, aber die Hauptlast liegt nach wie vor bei den Müttern.

Auch 15 Jahre nach Start von Elterngeld und Elterngeld liegt die Hauptlast von Kinderbetreuung und Haushaltarbeit fast immer bei den Müttern. Dies zeigt eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Die allermeisten Väter, die in Elternzeit gehen, nehmen demnach nur zwei Vätermomente – und diese zumeist gemeinsam mit den Müttern.

Das Elterngeld-Programm startete in Deutschland 2007. Dabei erhalten Eltern, die für die Betreuung ihrer Kinder im ersten Lebensjahr im Job pausieren, vom Staat zwei Drittel ihres bisherigen Gehalts. Parallel wurden die Kinderbetreuungsangebote in Kitas stark ausgebaut. Inzwischen kann die Bezugsdauer beim Programm Elterngeld-Plus bis zu 24 Monate betragen.

Frauen und Männer nutzen das Elterngeld unterschiedlich. Während fast alle Mütter (98 Prozent) Elterngeld beantragen, sind es etwa 43 Prozent der Väter. Ihr Anteil verdoppelte sich seit 2007 von damals 20 Prozent. Während die meisten Mütter mehr als zehn Monate lang Elterngeld beziehen, liegt die durchschnittliche Bezugsdauer der Väter konstant bei 3,3 Monaten. Laut der Statistik ist seit Beginn des Elterngeldprogramms die Berufstätigkeit von Müttern junger Kinder von 43 auf 56 Prozent gestiegen. Frauen hätten aber nach Kinderbetreuungszeiten häufiger Karriereerückschritte als Männer. *KNA*

Angesichts des wachsenden Einflusses von China und Russland auf dem afrikanischen Kontinent suchen die USA die Nähe zu Staats- und Regierungschefs aus Afrika. Rund 50 Regierungsvertreter aus Afrika hat die US-Regierung zu einem mehrtägigen Gipfel in Washington geladen. US-Präsident Joe Biden kündigte umfangreiche Investitionen für den Ausbau von Straßen, Internet und erneuerbare Energien auf dem afrikanischen Kontinent an. Zudem wolle man Handelsbeziehungen mit Afrika deutlich verstärken. Die USA würden dazu gemeinsam mit dem neuen Sekretariat der afrikanischen kontinentalen Freihandelszone „eine historische Absichtserklärung“ unterzeichnen, sagte er. Biden sprach im Rahmen eines Wirtschaftsforums, an dem auch Führungskräfte aus dem Privatsektor von über 300 amerikanischen und afrikanischen Unternehmen teilnahmen.

China und Russland haben ihren Einfluss in Afrika in den vergangenen Jahren stetig ausgebaut. So sei China zu einem wichtigen Kreditgeber in Afrika geworden, insbesondere für Infrastrukturprojekte, sagt Bocus van Staden, politischer Analyst des Südafrikanischen Instituts für Internationale Angelegenheiten. Laut Angaben der Afrikanischen Entwicklungsbank ist China wirtschaftlich in 35 Ländern Afrikas tätig.

Für viele afrikanische Länder sind die Chinesen beliebte Partner: Sie seien schneller bei Entscheidungen und in der Umsetzung von Projekten als westliche Länder, mischten sich weniger in die inneren Angelegenheiten ein, und hätten weniger Skrupel vor Korruption. Das ergab eine Umfrage der Friedrich-Naumann-Stiftung unter mehr als 1600 afrikanischen Entscheidungsträgern.

Auch Russland weitet seit einigen Jahren seinen Einfluss in Afrika aus und ist dort willkommen, als es sich der Westen wünschen würde. Viele afrikanische Regierungen stehen den Kreml positiv oder neutral gegenüber. Das zeigte sich auf eindrückliche

AFRIKAS WIRTSCHAFT

Landwirtschaft Die Binnenwirtschaft des afrikanischen Kontinents ist von der Landwirtschaft geprägt. Zu den wichtigen Exportgütern zählen Bananen und Kakao.

Rohstoffe Insbesondere die Staaten Nordafrikas fördern Erdöl und Erdgas und exportieren die Energieträger. Auch Diamanten und Gold sind wichtige Wirtschaftsfaktoren. Bei Diamanten hat Afrika einen Weltmarktanteil von 50, bei Gold von 25 Prozent. *red*



US-Außenminister Antony Blinken (Mitte) mit Christophe Lutundula (li.), Kongos Außenminister, Felix Tshisekedi (2.v.li.), Kongos Präsident, Hakainde Hichilema (2.v.re.), Sambias Präsident, und Stanley Kakubo (re.), Sambias Außenminister, beim Afrika-Gipfel. Foto: AP/Evelyn Hockstein

Die USA kämpfen beim Afrika-Gipfel um mehr Einfluss

China und Russland buhlen um die Gunst in Afrika. Die US-Regierung lädt Vertreter aus 49 afrikanischen Ländern und der Afrikanischen Union zum Spitzentreffen – offenbar will sie gegensteuern.

Weise im März bei der Abstimmung der UN-Vollversammlung zur Verurteilung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine: rund 25 der 55 Staaten Afrikas enthielten sich.

Nach Angaben des Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) umfasst Russlands Unterstützung für Afrika vor allem drei Bereiche: Rüstung, Nachrichtendienste und Propaganda. Seit 2015 habe Russland rund 19 Militärabkommen mit afrikanischen Regierungen geschlossen, die größten mit Algerien, Ägypten, Angola und dem Sudan. Als Gegenleistung erhalte Russland Bergbaukonzessionen oder geostrategische Vorteile, wie den Zugang zu wichtigen Häfen.

Das Interesse an dem Kontinent ist groß – und auch die Amerikaner wissen, welche

zentrale Rolle Afrika künftig spielen wird. Afrika verfügt über eine rasant wachsende Bevölkerung, wertvolle Bodenschätze, vielfältige Ökosysteme, die größte Freihandelszone der Welt und einen großen Stimmenanteil bei den Vereinten Nationen. „Das Gipfeltreffen beruht auf der Erkenntnis, dass Afrika ein wichtiger geopolitischer Akteur ist. Der Kontinent wird die Zukunft nicht nur des afrikanischen Volkes, sondern auch der Welt gestalten“, sagte der Sicherheitsberater von US-Präsident Biden, Jake Sullivan vor dem Treffen.

Während Bidens Vorgänger Donald Trump afrikanische Staaten einst noch als „Dreckslochländer“ bezeichnete, fährt Biden einen deutlich anderen Kurs. Während

des USA-Afrika-Gipfels nimmt er an mehreren Terminen selbst teil. Später will er mit einer kleinen Gruppe von Staats- und Regierungschefs im Weißen Haus über Präsidentschaftswahlen in Afrika sprechen.

Nicht zu dem Gipfel in Washington eingeladen worden seien die afrikanischen Staaten Mali, Guinea, Sudan und Burkina Faso, weil die Afrikanische Union wegen Militärschritten deren Mitgliedschaft ausgesetzt hat, sagte Sullivan. Ebenfalls fehlen werde Eritrea, weil die USA aufgrund des bewaffneten Konfliktes mit Äthiopien keine normalen diplomatischen Kontakte zu dem Land pflege. Der letzte und bislang einzige USA-Afrika-Gipfel fand vor acht Jahren unter Präsident Barack Obama statt. *dpa*

Politikverbot für Erdogans größten Rivalen

Der Bürgermeister von Istanbul, Ekrem Imamoglu, wird zu einer Haftstrafe von mehr als zwei Jahren verurteilt.

Gegen den Bürgermeister von Istanbul und möglichen Erdogan-Herausforderer Ekrem Imamoglu ist ein Politikverbot verhängt worden. Ein Istanbuler Gericht verurteilte Imamoglu am Mittwoch wegen Beleidigung auch zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sieben Monaten. Gegen das Urteil könne noch Einspruch eingelegt werden, sagte der Anwalt Imamoglus, Kemal Polat, der Deutschen Presse-Agentur.

Imamoglu ist Politiker der kemalistischen CHP, die laut Umfragen derzeit stimmenstärkste Oppositionspartei in der Türkei. Er gilt als einer der potenziellen Herausforderer des türkischen Präsidenten Recep

Tayyip Erdogan bei den für 2023 geplanten Wahlen.

Imamoglu war in der Anklageschrift vorgeworfen worden, die Mitglieder der türkischen Wahlbehörde rund um die Kommunalwahlen im Jahr 2019 öffentlich beleidigt zu haben. Er soll diejenigen, „die die Wahlen am 31. März abgesagt haben“, als „Idioten“ bezeichnet haben. Polat hatte den Prozess und die Vorwürfe gegen seinen Mandanten als „gegenstandslos“ bezeichnet. Imamoglu habe nicht die Wahlbehörde gemeint, sondern damit auf die gleiche Beleidigung von Seiten des Innenministers gegen ihn reagiert, hieß es in der Schlussverteidigung seiner Anwäl-

te. Der Innenminister hingegen stehe nicht vor Gericht. Oppositionelle bezeichneten den Prozess als „politisch motiviert“.

Die Wahl zum Bürgermeister von Istanbul 2019 hatte Imamoglu knapp gegen den Kandidaten der regierenden Partei AKP gewonnen. Die Wahlkommission annullierte das Ergebnis jedoch auf Antrag der AKP und ließ die Wahl wiederholen – Imamoglu gewann erneut. Noch während des Prozesses versammelten sich mehrere Hundert Menschen aus Protest gegen das Verfahren vor dem Rathaus Istanbul. CHP-Chef Kemal Kılıçdaroglu brach am Abend in Reaktion auf das Urteil seine Deutschland-Reise ab. *dpa*

Ausnahmestand in Peru ausgerufen

LIMA. Die Regierung in Peru hat angesichts der zunehmend gewaltsamen Proteste gegen die Absetzung von Präsident Pedro Castillo den Ausnahmestand über das ganze Land verhängt. Dieser gilt laut Außenminister Luis Alberto Otárola für 30 Tage, wie die peruanische Nachrichtenagentur Andina berichtet. Die Polizei würde mit Unterstützung der Streitkräfte die Ordnung aufrechterhalten, sagte Otárola. Damit gebe die Regierung eine „energische und nachdrückliche“ Antwort auf gewaltsame Akte und die Blockade von Straßen. Mit der Auflösung des Kongresses hatte der Linkspolitiker Castillo einem Misstrauensvotum im Parlament zuvorkommen wollen. *dpa*

Ungewöhnlich breites Staatsbündnis in Kopenhagen

Dänemark bekommt eine neue Regierung unter der alten Ministerpräsidentin. An der Spitze steht weiter die Sozialdemokratin Mette Frederiksen.

Von Jens Mattern

In Dänemark bildet sich nach langen Verhandlungen eine Regierung. „Ihr Dänen habt ein Parlament zusammengestellt, das kooperieren muss. Das machen wir jetzt. Quer durch die Mitte“, erklärte in gewohnt resoluter Weise die sozialdemokratische Premierministerin Mette Frederiksen auf einer Pressekonferenz in Kopenhagen.

„Quer durch die Mitte“ bedeutet eine Koalition der Sozialdemokraten mit zwei bürgerlichen Parteien: Jakob Ellemann-Jensen von „Venstre“ und der ehemalige Premierminister Lars Løkke Rasmussen mit der Neugründung „Die Moderaten“ sind mit dabei. Am Donnerstag sollen die Ministerposten benannt werden. Als Programm wurden Steuererleichterung für Beschäftigte sowie eine CO₂-Steuererhebung in der Landwirtschaft versprochen. Die neue Regierung hält an dem Ziel fest, den Ausstoß von Treibhausgasen um 70 Prozent zu reduzieren. Als



Seit 2019 ist Mette Frederiksen Ministerpräsidentin. Foto: AFP/Mads Claus Rasmussen

größte Baustelle gilt das Gesundheitssystem, hier sollen Lohnerhöhungen kommen. Wieder einmal konnte die seit 2019 regierende Regierungschefin ihren Willen durchsetzen und ihre Position stabilisieren. Frederiksen hatte bereits im Wahlkampf im Oktober klar gemacht, dass sie eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien bevorzuge, um angesichts der Krisen (Ukraine, Energie, Inflation) eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zu erhalten.

Die bürgerliche Partei „Venstre“ unter Jakob Ellemann-Jensen, vom öffentlich-recht-

lichen Fernsehen „DR“ als „Erzfeind“ der Sozialdemokraten bezeichnet, versprach darauf nicht einzugehen. Doch war die einstige Volkspartei durch zwei Ausgründungen geschwächt und gab nach dem schlechten Wahlergebnis am 1. November (13 Prozent) und nach langen Verhandlungen nach. Ellemann nennt einen „drohenden Linksruck“, den notwendigen Einfluss seiner Partei sowie Patriotismus als Grund für den Bruch des Wahlversprechens.

Die Wahlen waren Neuwahlen. Die „Radikale Linke“, welche neben zwei weiteren Linksparteien die sozialdemokratische Minderheitsregierung seit dem Sommer 2019 gestützt hatte, hatte Mette Frederiksen das Vertrauen entzogen.

Denn diese konnte für ihre Entscheidung im November 2020, rund 15 Millionen Nerze wegen einer Corona-Mutation töten zu lassen, nicht rechtlich belangt werden. Dies teilte eine Untersuchungskommission im Sommer mit, obwohl das „Keulen“ gegen geltendes Recht verstoßen hatte. Nicht nur die „Radikale Linke“ sondern auch andere Parteien wie „Venstre“ wollten dies nicht hinnehmen. Der farblose Ellemann-Jensen muss nun als künftiger Partner von einer Klage absehen. Auch ein Versprechen, das „Venstre“ noch im Wahlkampf lautstark erhoben hatte.

Von den einstigen Unterstützern, den drei linken, teils grünen Parteien, wird die neue Regierung vor allem aufgrund der Sozial- und Klimapolitik künftig unter Beschuss genommen werden, die den drei Parteien nicht weit genug geht. Nach dem reformbedürftigen Gesundheitswesen war der Klimawandel für die Dänen das wichtigste Wahlthema.

Lars Løkke Rasmussen, Parteichef der „Moderaten“, genießt als ehemaliger Gesundheitsminister ein gewisses Vertrauen unter den Dänen.

Der Bürgerliche werde eine Kommission einberufen, um „bedeutende Veränderungen“ im Gesundheitssystem einzuleiten. Der 58-Jährige wollte mit seiner erst im Januar gegründeten Partei das Blockdenken der Dänen aufbrechen, so wie die Heldin der Netflix-Serie „Borgen“.

Das Regierungsbündnis, das Frederiksen als „Arbeitsgemeinschaft“ bezeichnet, ist allerdings nicht sehr stabil – die Parlamentsmehrheit wird mittels zweier Abgeordneten aus Grönland und zweier aus den Färöer Inseln erreicht.

„Ihr Dänen habt ein Parlament zusammengestellt, das kooperieren muss.“

Mette Frederiksen, Premierministerin